

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Widerwärtige Vorwürfe“

Estlands Staatschef Toomas Hendrik Ilves über den Streit um das sowjetische Ehrenmal in Tallinn, Russlands Geschichtsbild und die Strategie Moskaus gegenüber der EU

Ilves, 53, wuchs in Stockholm auf – seinen im antikommunistischen Widerstand tätigen Eltern war nach der erneuten sowjetischen Besetzung Estlands 1944 die Flucht nach Schweden gelungen. Die Familie emigrierte später in die USA, wo Ilves Psychologie studierte. Von 1988 an leitete er bei Radio Free Europe den estnischen Dienst, wurde 1993 Botschafter in den USA, Kanada und Mexiko und amtierte zweimal als estnischer Außenminister. Im September 2006 wurde er zum Staatsoberhaupt gewählt.

SPIEGEL: Herr Präsident, kein anderes Land hat in den vergangenen Wochen den Zorn der Großmacht Russland so auf sich gezogen wie das kleine Estland. Den „fascistischen Hinterhof“ der EU nannten russische Zeitungen Ihr Land, Ihre Moskauer Botschaft wurde belagert. Das alles wegen der Versetzung eines sowjetischen Soldatendenkmals in Tallinn?

Ilves: Manchmal braucht man jemanden zum Hassen, ein Feindbild. Vor einem Jahr war es Lettland, vor neun Monaten haben sie Hunderte Georgier aus Moskau deportiert und nach Schulkindern mit georgischen Namen gefahndet – jetzt sind wir an der Reihe. Warum? Die Befürchtung ist, dass echte Demokratien den Russen zeigen, dass die Philosophie der „gelenkten“ Demokratie falsch ist. Wenn westliche Demokratie mit Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit in Estland funktioniert, in der Ukraine, in Georgien – dann zieht das Argument nicht, dass sie bei den Russen nicht funktionieren könne, nur weil die angeblich eine andere Kultur haben.

SPIEGEL: Der Auslöser des Streits war ein schlichtes bronzenes Denkmal ...

Ilves: Ich hielt es für keine gute Idee, die Statue umzusetzen. Die Angelegenheit war für Estland nicht wichtig genug, um politisches Kapital zu verspielen. Es ging eher um die öffentliche Sicherheit, weil das Denkmal sich zu einem Ort entwickelte, an dem antiestnische Demonstrationen abgehalten wurden, wo Leuten estnische Flaggen aus der Hand gerissen wurden und es Slogans gab, die die Wiederherstellung der Sowjetunion forderten. Das hat die Esten geärgert. Dagegen bestanden die Russen darauf, dass dies ein heiliger Ort sei und jede Veränderung Blasphemie.

SPIEGEL: Welche Lösung schwebt Ihnen vor?



Präsident Ilves

„Massive Verbrechen im Baltikum“



Sowjetisches Soldatendenkmal in Tallinn

„Verlust des Status als Herrenvolk“

Ilves: Ich hätte dem Denkmal eine neue Bedeutung gegeben. In Berlin gibt es die Neue Wache, die ursprünglich einmal als Haupt- und Königswache gebaut wurde. 1931 wurde sie Mahnmahl für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs, unter Hitler nannte sie sich Reichsehrenmal. In der DDR war sie Mahnmahl für die Opfer des Faschismus. Und 1993 machte Kohl sie zur Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft – die Bedeutung hat sich verändert.

SPIEGEL: Der Konflikt zeigt einen fundamentalen Unterschied zwischen dem Geschichtsbild der Russen und dem der Balten.

Ilves: Moskau mangelt es am Willen zur Vergangenheitsbewältigung. Vor zehn Jahren waren die Russen bereit, die Archive zu öffnen, heute ist das wieder vorbei. Wenn man sein neues Selbstbild allein auf Nationalismus und Verklärung der Sowjetunion aufbaut, dann sind von sowjetischen Truppen begangene Verbrechen nichts, was man in dieses Bild integrieren möchte.

SPIEGEL: Das ist auch der Grund, warum in Russland nicht über die Besetzung des Baltikums 1940 gesprochen wird?

Ilves: Moskau ist zur alten Sichtweise zurückgekehrt, wonach die baltischen Staaten freiwillig der Sowjetunion beigetreten sind, also nicht etwa besetzt wurden. Dabei hatte Gorbatschow 1989 die Existenz der Geheimprotokolle des Molotow-Ribbentrop-Pakts zugegeben.

SPIEGEL: Putin sieht das völlig anders. Er wirft Ihnen vor, die Geschichte umzuschreiben und spricht von einer „Ideologie des Extremismus“, vergleichbar mit der im Dritten Reich.

Ilves: Ja, wir wollen tatsächlich die Geschichte umschreiben. Wir wollen sowjetische Geschichtsbücher umschreiben. Wir wollen die Lücken füllen. Sowjetische Geschichtsbücher enthalten eine einzige Zeile über den Gulag – in der steht, dass die Lager abgeschafft wurden. Das bedeutet, dass die Deportation von 30 000 Esten in die Sowjetunion an einem einzigen Tag im Jahr 1941 einfach totgeschwiegen wird.

SPIEGEL: Sie meinen die Verschleppung Ihrer Landsleute nach Sibirien, nachdem die Sowjets in Estland einmarschierten.

Ilves: Man kann über die Interpretation von Geschichte streiten, aber es ist sehr schwierig, über Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Massengräber und Tausende er-



K. THOMAS / BUCKWINKEL

Rathausmarkt in Tallinn: „Wir haben ein viel liberaleres Staatsbürgerrecht als Deutschland“

Westlicher Außenposten

Estland, der nördlichste Staat des Baltikums, der knapp so groß wie Niedersachsen ist und mehr als 1400 Inseln besitzt, bildet mit Lettland seit 2004 die Außengrenze von Nato und EU gegenüber Russland. Nicht nur deswegen steht die Ostsee-Republik unter verschärfter Beobachtung Moskaus, auch die seit Sowjetzeiten im Land lebende russische Minderheit ist ein ständiger Streitpunkt zwischen den Nachbarn: Von den rund 1,3 Millionen Einwohnern sind etwa 345 000 Russen. Präsident Ilves ist der erste estnische Präsident, der kein Russisch mehr spricht – wie die lettische Präsidentin Vike-Freiberga und Litauens Staatsoberhaupt Adamkus lebte er bis zum Ende der Sowjetunion im amerikanischen Exil. Mit seinen elf Prozent Wirtschaftswachstum befindet sich Estland, früher nur als Holzexporteur bekannt, derzeit auf der Überholspur in der EU: Dieses Jahr habe Tallinn beim Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt mit



Portugal den ersten „alten“ EU-Staat überrundet, sagt Ilves. Sozialdemokraten, Konservative und Liberale führen gemeinsam das Land und setzen die radikale, durch den Nachbarn Finnland geförderte Modernisierungspolitik fort: Der Markt wurde vollständig geöffnet, eine Flatrate bei der Einkommensteuer eingeführt, und Gewinne der Unternehmen werden nur dann noch besteuert, wenn sie entnommen, also nicht reinvestiert werden. Die anhaltende Konjunktur hat inzwischen sogar zu akutem Arbeitskräftemangel geführt. Auch technologisch haben die Esten den Mief der Sowjetära abgelegt: Bei der Kommunalwahl 2005 konnten sie erstmals von zu Hause per Computer abstimmen – eine weltweite Premiere damals. Die hohe Internet-Durchdringung – 97 Prozent aller Bankgeschäfte werden elektronisch abgewickelt, selbst das Notfallsystem läuft übers Internet – hat ihren Preis: Vor zwei Monaten wurde Estland durch Cyber-Attacks lahmgelegt. Der mutmaßliche Angreifer: Russland.

schossener Menschen zu streiten. Dass die Sowjetunion im Baltikum massive Verbrechen gegen die Menschlichkeit beging und sich nicht wie ein Befreier verhielt – das sind Fakten. Ich finde es widerwärtig, uns vorzuwerfen, wenn wir über sowjetische Verbrechen gegen die Menschlichkeit sprechen, mache uns das zu Faschisten.

SPIEGEL: Auch die Deutschen irritiert die Sichtweise vieler Balten, wonach die Nazi-Besatzung nicht wesentlich schlimmer gewesen sei als die sowjetische.

Ilves: Wenn Sie mir sagen, die Nazis waren schlimmer, dann sage ich Ihnen, dass Sie die kulinarischen Gewohnheiten von Kannibalen vergleichen. Ich werde nicht sagen, wer schlimmer war. Im Hinblick auf die Zahl der Ermordeten meine ich, dass die Kommunisten mehr Menschen getötet

haben. Einige sagen: „Die Nazis waren schlimmer, weil die Ideologie hinter ihren Morden schlimmer war.“ Für die Esten waren es keine Kommunisten und keine Nazis, wir wurden von Deutschen und Russen getötet. Mit welcher Ideologie, ist uns egal.

SPIEGEL: Wenn es stimmt, wie Estland sagt, dass die Unruhen in Tallinn direkt von der russischen Botschaft organisiert wurden, dann heißt das doch, dass die russische Minderheit in Estland nicht genügend integriert, also leicht aufzuhetzen ist.

Ilves: 40 Prozent der Verhafteten sind vorbestraft, wir reden also nicht von einem repräsentativen Ausschnitt der russischen Bevölkerung, die in Estland lebt. Denn es sind keineswegs 40 Prozent der Russen in Estland vorbestraft. Das waren Hooligans.

Sind sie integriert? Wahrscheinlich nicht. Es gibt natürlich auch Leute, die über den Verlust ihres Status als Herrenvolk grollen, die mit der russischen Botschaft zusammenarbeiten, konspirative Treffen abhalten und Aufstände organisieren – die sind eine Bedrohung. Aber ich glaube, wir haben insgesamt gute Fortschritte gemacht: Über die Hälfte der Russen in Estland haben die estnische Staatsbürgerschaft angenommen.

SPIEGEL: Aber der Streit darüber, warum Russisch keine Amtssprache ist, ist ein Dauerbrenner in Estland.

Ilves: Warum sollte sie es sein?

SPIEGEL: Weil gut ein Viertel der Bevölkerung Russen sind.

Ilves: Sie können gern Russisch sprechen, aber in Anbetracht der Erfahrungen, die



RAGO PAJULA / AFP

Antiestnische Proteste in Tallinn (am 27. April): „Das waren Vorbestrafte und Hooligans“

wir unter der Besetzung gemacht haben, als Russisch die Amtssprache war und es keine Ärzte gab, die Estnisch sprachen, und keine Beamten, die Estnisch sprachen, wird kein Este eine Regierung wählen, die das wieder ändern will.

Ich möchte hier auf eine kürzlich gehaltene Rede von Frau Merkel verweisen: Alle in Deutschland sollen Deutsch lernen und sprechen – nicht nur, damit sie ihre Lehrer verstehen können, sondern auch wirtschaftlich in Deutschland eine Zukunft haben. Das hat die Bundeskanzlerin gesagt.

SPIEGEL: Viele Russen in Estland fühlen sich allerdings auch als Bürger zweiter Klasse – weil sie ohne Pass nicht einmal das Recht haben, an Parlamentswahlen teilzunehmen.

Ivles: Sie haben mehr Rechte als Staatenlose in den meisten anderen Ländern. Erstens, weil sie bei kommunalen Wahlen wählen dürfen. Und zweitens, weil es – wenn sie wirklich wählen wollen – sehr einfach ist, Este zu werden. Wir haben ein viel liberaleres Staatsbürgerrecht als Deutschland, Finnland, Schweden und Dänemark – von der Schweiz und Österreich gar nicht zu reden.

SPIEGEL: Sie waren auf der Sicherheitskonferenz in München, als Putin seine berühmte Rede gegen den amerikanischen Raketenschirm hielt. Wie verstehen Sie die neue harsche Sprache des Kreml?

Ivles: Die Leute respektieren Deutschland, weil es ein seriöses Land ist, das sich normal und demokratisch verhält. Es ist reich. Russland dagegen respektieren sie aus Angst. Ich denke, ein Teil dessen, was vor sich geht, ist der Versuch, eine neue nationale Identität zu schmieden, die von Peter dem Großen über Alexander II. bis zur sowjetischen Erfahrung reicht. Wenn man den Zusammenbruch

der Sowjetunion als die größte Tragödie des 20. Jahrhunderts bezeichnet, vermischt man sehr verschiedene Dinge. Die Gründung der Tschechien durch Felix Dserschinski zu feiern ist das Gleiche, als würde man die Gründung der Gestapo feiern, da gibt es keinen Unterschied.

SPIEGEL: Starker Tobak.

Ivles: Was wollen Sie? In Russland besucht der Staatspräsident jedes Jahr am 20. Dezember das Hauptquartier der Tschechien

„Die Gründung der Tschechien zu feiern ist das Gleiche, als würde man die der Gestapo feiern.“

oder des KGB oder jetzt des FSB – zum Jahrestag der „Tschechen“. Als ich Bundespräsident Köhler besuchte, hielt er mich für verrückt, als ich ihn fragte, ob er sich vorstellen könnte, am Gründungstag der Gestapo dem Verfassungsschutz einen Besuch abzustatten. Er sah mich an, als dächte er, was für ein Idiot ist da aus Estland zu mir gekommen. Ich sagte: „Aber Putin macht das jedes Jahr.“ Darauf er: „Nein.“ Und ich: „Doch.“ Und dann bestätigte sein Russlandberater: „Ja, ja, das macht er.“

SPIEGEL: Russland versucht seit 1991, seinen Einfluss in früheren Sowjetrepubliken



NICOLE MANSKUS

Ivles beim SPIEGEL-Gespräch: „Keine Illusionen“

durch das Schüren latenter Konflikte aufrechtzuerhalten. Auch bei Ihnen förderte es eine Autonomiebewegung im Nordosten des Landes, jetzt blockiert es eine Grenzbrücke für den Transitverkehr. Wie weit können solche Hebel wirksam sein in einem Land, das inzwischen zu EU und Nato gehört?

Ivles: Solange Moskau – wie im Fall des Boykotts georgischer Waren – behauptet, das habe mit Politik nichts zu tun, kann man alles Mögliche machen. Im Fall unserer Grenzbrücke haben sie einfach gesagt: Die muss jetzt repariert werden. Sobald das offizielle Politik wird, legt man sich aber mit der EU an. Ich glaube, Russland testet derzeit aus, was Mitgliedschaft in der EU bedeutet. Sie wissen es noch nicht, sie setzen auf bilaterales Vorgehen. Für die Russen ist die Idee einer politischen Union aus nationalen Staaten merkwürdig.

SPIEGEL: Wie sollte die EU künftig mit Russland umgehen?

Ivles: Wir müssen uns von dem Mythos verabschieden, den einige Leute in Deutschland propagiert haben, dass Russland eine große Demokratie sei – es ist einfach keine. Ich glaube, das würde uns Illusionen ersparen. Wir werden pragmatische Beziehungen brauchen, da aus Russland der größte Teil des Erdgases nach Europa kommt.

SPIEGEL: In der EU entscheidet doch jeder für sich, was „pragmatisch“ heißt.

Ivles: Angesichts des russischen Verhaltens müssen wir in erster Linie EU-Staaten sein und sagen, das und jenes ist nicht akzeptabel, weil wir eine politische Union sind. Alte und neue Mitglieder müssen an einem Strang ziehen. Ich sage immer zu meinen polnischen Freunden: Ihr könnt nicht gegen die Verfassung sein und dann angesichts eurer Probleme mit Russland auf die Solidarität der EU hoffen. Andersherum – und das sage ich meinen deutschen Freunden – kann man keinen Verfassungsvertrag haben und von Ländern wie Polen erwarten, dass sie den Abstimmungsmodus der qualifizierten Mehrheit in der EU unterschreiben, wenn sie kein absolutes Vertrauen haben, dass sie bei irgendeinem Kuhhandel nicht an Russland verraten werden.

SPIEGEL: Sie haben den Eindruck, dass die neuen EU-Länder mit ihren eigenen historischen Erfahrungen in Westeuropa nicht ernst genommen werden?

Ivles: Ja. Man kann das Gedächtnis der Menschen in diesen Staaten nicht auslöschen. Ein Wesenszug in den neuen EU-Ländern ist deren proamerikanische Haltung, die aus ihrer Angst gegenüber Russland resultiert. Es erzeugt enorme Ressentiments, wenn Leute, die Russland nicht kennen, anfangen, Leuten, die Russland erfahren haben, zu erzählen, wie Russland und die Russen sind.

SPIEGEL: Herr Präsident, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Mit den Redakteuren Christian Neef und Jan Puhll.